

WIRTSCHAFT

Obmann Georg Kraft-Kinz,
Vorstandsmitglied Bettina
Glatz-Kremsner und Obmann-
Stv. Ali Rahimi starten zwei
neue Förderprojekte.

PERSONELLES

Neuer COO bei Raiffeisen-Leasing

Zum 1. Juni 2014 wird Beat Mungenast als Chief Operating Officer (COO) die Geschäftsführung der Raiffeisen-Leasing GmbH verstärken. Der 49-Jährige kommt von der Raiffeisen Bank International AG, wo er bis dato als Head of IT Delivery Finance tätig war.

„Kostenmanagement wie optimale Qualität hinsichtlich Prozesse und IT werden für den weiteren Erfolg der Raiffeisen-Leasing von entscheidender Bedeutung sein. Wir freuen uns deshalb, dass wir mit Beat Mungenast einen ausgewiesenen Experten gewinnen konnten“, erklärt Johannes Schuster, Aufsichtsratspräsident der Raiffeisen-Leasing und RZB-Vorstandsmitglied.



Michael Hackl, der bisherige COO der Raiffeisen-Leasing, wird sich ab dem 1. Juni 2014 wieder ganz auf das internationale Leasinggeschäft der Raiffeisen Bank International konzentrieren, in dem er als Geschäftsführer parallel zu seiner Funktion in der Raiffeisen-Leasing tätig war. „Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Michael Hackl für seine erfolgreiche Arbeit, die kollegiale Kooperation und wünscht ihm anhaltenden Erfolg für seine Tätigkeit im internationalen Leasing der RBI“, so Schuster.

Wechsel im Aufsichtsrat der Raiffeisen Informatik

Andreas Fleischmann (47) wurde am 30. April 2014 zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Raiffeisen Informatik GmbH gewählt. Fleischmann, Finanzmarktvorstand der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, folgt damit RZB-Generaldirektor Walter Rothensteiner nach.

Fleischmann: „Die Raiffeisen Informatik ist als moderner IT-Dienstleister bestens für den digitalen Strukturwandel – verbunden mit der hohen Anforderung an die Datensicherheit – gerüstet. Ein leistungsfähiges IT-Service ist für unsere Kunden und damit auch für die Raiffeisen Bankengruppe ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor. Ich freue mich auf die neue Aufgabe und die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der Raiffeisen Informatik.“



RZB-Sektorvorstand Johannes Schuster wurde zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Neu in den Aufsichtsrat bestellt wurde Michael Kafesie, Leiter Beteiligungsmanagement & Controlling in der RZB.



Chancen schaffen

Der „Verein Wirtschaft für Integration“ setzt sich für Ganztagsbetreuung und Sprachförderung ein.

VON EVA PAKISCH

Wie wir mit dem Potenzial der Kinder und Jugendlichen umgehen, ist eine Sauererei“, betont Obmann Georg Kraft-Kinz aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Vereins Wirtschaft für Integration (VWfi). Man wisse, dass Bildung vererbt wird und es hier eine gläserne Decke gebe, aber man gehe die Sache nicht an. Zudem würden Themen wie Ganztagsbetreuung und Sprachförderung verkürzt diskutiert. „Als Wirtschaftstreibende sind wir sehr für das Sparen, aber wir wissen auch, dass die Lehrer die wichtigsten Integrationsbeauftragten und die Architekten der Zukunft sind.“

Mit zwei neuen Projekten will der Verein nun die Chancengleichheit aus sozioökonomischer Sicht fördern. Mit dem „Zukunftschancenfonds“ soll Schülern der Wiener Musik- und Informatikmittelschule Wendstattgasse in Wien Favoriten, deren Eltern sich die jährlich rund 2.000 Euro für die Lernbetreuung nicht leisten können, die Teilnahme am ganztägigen Betreuungsprogramm ermöglicht werden. Im Rahmen des Projekts werden dem Elternverein der Schule dabei für das Schuljahr 2014/2015 insgesamt 20.000 Euro zur Verfügung gestellt. „Wir sind der Ansicht, dass es einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten an Pflichtschulen zur Lernunterstützung braucht, damit alle Schüler, ungeachtet ihres sozioökonomischen Backgrounds, ihre Talente entfalten können“, unterstreicht Obmann-Stellvertreter Ali Rahimi.

Das „Mobilitätsstipendium“, das der Verein erstmals im Wintersemester vergeben wird, richtet sich an einkommensschwache oder aus einkommensschwachen Familien kommende Studierende der Wirtschaftsuniversität Wien. Ziel ist es, diesen im Rahmen ihrer Abschlussarbeit einen Forschungsaufenthalt im

Ausland zu ermöglichen. „Damit wollen wir auch zur Internationalisierung und Stärkung des Wissensstandortes Wien beitragen“, erläutert Rahimi. Vergeben werden fünf Stipendien zu je 2.000 Euro. Bewerben können sich Studierende jeglicher Staatsangehörigkeit, deren Lebensmittelpunkt seit mindestens fünf Jahren in Österreich ist.

Wettbewerb um beste Köpfe

Der VWfi spricht sich außerdem für einen Abbau der Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt aus. Die Rot-Weiß-Rot-Card sei zwar ein „sehr gutes Produkt“, so Georg Kraft-Kinz, gehöre aber nachjustiert. So müsse zum Beispiel der Bachelor als Universitätsabschluss akzeptiert oder die Einkommensgrenze gesenkt werden. In Österreich würden 30.000 Facharbeiter fehlen und wolle man im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht ins Hintertreffen geraten, müsse man den Wirtschaftsstandort auch entsprechend attraktiv machen. „Das ist dann der Fall, wenn Österreich als offenes und entspanntes und nicht als ein super-restriktives Land gilt“, räumt der stellvertretende Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien ein. In diesem Zusammenhang bringt er auch das Thema „Doppelstaatsbürgerschaft“ auf das Tapet: „Österreich nutzen derzeit noch sehr viele als Durchreiseland, das könnte sich mit der Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft ändern.“ Vor dem Hintergrund, dass rund 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Wien Migrationshintergrund haben, machte er sich zudem dafür stark, jedem in Österreich geborenen Kind automatisch die Staatsbürgerschaft zu verleihen. „Wir wollen nicht akzeptieren, dass zehntausende Kinder, die in Österreich geboren wurden, als Ausländer gelten und dann erst integriert werden müssen.“



EINEN NOTAR IN IHRER NÄHE FINDEN SIE UNTER WWW.NOTAR.AT

Vorsorgen heißt
selbst
bestimmen



Dr. Isolde
Sauper,
Notar in
St. Veit/Glan

Die steigende Lebenserwartung bedingt mitunter auch den Verlust körperlicher und geistiger Fähigkeiten. Früher bedeutete das Entmündigung und Bestellung eines Sachwalters. Durch Sachwalterschaft wird einer Person in bestimmten Angelegenheiten die Geschäftsfähigkeit entzogen. Das Gericht bestimmt einen Sachwalter, der den Betroffenen in diesen Fällen vertritt.

Gesetzliche Regelungen

Sachwalterschaft wird oft von Ämtern, Banken, Krankenhäusern oder Heimen eingeleitet, um sich bei finanziellen oder medizinischen Angelegenheiten abzusichern. Als Ausdruck von Lebensqualität und Selbstbestimmung bietet das Gesetz neue Möglichkeiten wie Angehörigenvertretung, Vorsorgevollmacht, Sachwalterverfügung und Patientenverfügung an. Ehegatten, Kinder, Eltern und Lebensgefährten können bei Rechtsgeschäften des täglichen Lebens und Deckung des Pflegebedarfs, Geltendmachung sozialer Ansprüche (Pflegegeld, Sozialhilfe etc.) sowie leichten medizinischen Behandlungen die Vertretung übernehmen.

Überdies kann jedermann durch Vollmacht der Person seines Vertrauens diese Aufgaben und darüber hinausgehende übertragen. Sollte eine Vorsorgevollmacht nicht ausreichen, kann auch der künftige Wunschsachwalter vorgeschlagen werden.

Vertraulich für Sie

Seit 2007 werden alle Vorsorgevollmachten im Österreichischen Zentralen Verzeichnis (ÖZV) registriert. Dazu existiert eine Abfragemöglichkeit für Gerichte und Behörden, die sicherstellt, dass jede rechtswirksam errichtete und registrierte Vorsorgevollmacht zum Einsatz kommt.

Expertentipp:

Die Chance, für den Verlust der vollen geistigen und körperlichen Fähigkeiten durch eine Vollmacht vorzusorgen, bedarf eingehender Beratung durch den Spezialisten, etwa den Notar. Rechtzeitige Beratung schützt Ihre Autonomie. Sprechen Sie mit Ihrem Notar, wie er Ihnen behilflich sein kann. Ein Risiko gehen Sie damit in keinem Fall ein. Denn die erste Rechtsauskunft ist kostenlos.

